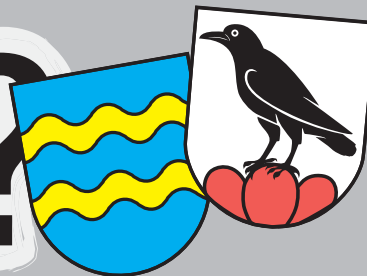


mitenand?



Informationen der Gemeinden Goldach und Untereggen ■ Ausgabe Nr. 5 ■ 2008

Vernehmlassung zum Projekt «mitenand?»

Bis am 15. Juli 2008 lief die Vernehmlassungsfrist für das Fusionsprojekt «mitenand?» der Gemeinden Goldach und Untereggen. Nebst drei Ortsparteien haben sich auch zwei Privatpersonen zum Pro-

jekt geäussert. In der nachstehenden Tabelle sind die eingereichten Bemerkungen und Anliegen sowie die Antwort der Behörden aufgeführt.

Zu dieser Ausgabe ...

Die 5. Ausgabe der Informationsbroschüre «mitenand?» ist aus Kostengründen in den Wellenbrecher integriert. In Untereggen erfolgt die Verteilung separat durch die Post.

Vernehmlasser	Bemerkungen/Anliegen	Antwort Behörden
FDP Ortspartei Goldach	Die FDP stellt die Frage, ob die GPK nicht auf 5 Mitglieder reduziert werden sollte.	Die Grösse der einzelnen Behörden wird dereinst in der Gemeindeordnung der vereinigten Gemeinde an einer gemeinsamen Bürgerversammlung festgelegt. Dannzumal können zu jedem Artikel Änderungsanträge gestellt werden. Im Zuge der Einführung der Einheitsgemeinde in Goldach erfolgte die Aufstockung der GPK von 5 auf 7 Mitglieder. Da durch die Fusion der Auftrag der GPK nicht ändert, hat die Behördenkonferenz die Grösse des Gremiums nicht hinterfragt.
	Der Umsetzung des Projektes ist grösste Beachtung zu schenken.	Nach dem definitiven Vereinigungsbeschluss, voraussichtlich noch im Jahr 2009, wird ein Konstituierungsrat eingesetzt, der sich aus Mitgliedern der beteiligten Räte zusammensetzt. Dieser wird sich der Umsetzung federführend annehmen.
CVP Ortspartei Goldach	Die Gemeinde hat genügend Raumreserven in unmittelbarer Nähe des Rathauses (ehemaliges BIZ, Werkhof). Bestehende Mietverhältnisse können innert Monaten aufgelöst werden. Grössere bauliche Investitionen stehen nicht an.	Die Räume des ehemaligen BIZ bieten tatsächlich eine Reserve, die mit Sicherheit in die Überlegungen einbezogen werden, sollte die Verwaltung im Rathaus an die Grenzen stossen. Eine dezentrale Verwaltung bietet aber auch einige Nachteile, die es zum gegebenen Zeitpunkt abzuwägen gilt. Zudem entstehen Mindereinnahmen durch den Wegfall der Mietzinse, die den Kosten für einen allfälligen Umbau im Rathaus gegenüberzustellen sind.
	Eine Steuerfusserhöhung von 4 – 5 % als schlimmster Fall ist verkraftbar. Diese Erhöhung wirkt sich auf durchschnittliche Einkommen kaum aus. Im Gutachten sollten auch Beispiele in Franken aufgeführt werden.	Das Gutachten kann mit einigen Rechenbeispielen ergänzt werden.



Vernehmlasser	Bemerkungen/Anliegen	Antwort Behörden
SP Ortspartei Goldach	Die «Herzensbereiche» sind zu wenig vorhanden. Die Euphorie fehlt in beiden Gemeinden. Der Bericht befasst sich primär mit finanziellen Fragen und Ausführungen über Baulandreserven.	Die Gemeinden Goldach und Untereggen sind sich emotional näher, als ein erster Blick vermuten lässt. Das zeigen auch die gemeinsamen Veranstaltungen. Für die Zukunft kann insbesondere eine gemeinsame Schule zusätzlich zum weiteren emotionalen Zusammenwachsen beitragen.
	Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen fehlt weitgehend, übergreifende Vereine existieren nur wenige.	Vereinsmässig sind Goldach und Untereggen enger miteinander verbunden, als die SP annimmt. Da in Untereggen kaum Sportvereine ansässig sind, besuchen viele Unteregger heute schon die Goldacher Angebote. Auch unter den Musikvereinen besteht insbesondere über die Young Winds eine gute Zusammenarbeit. Man hilft sich bei Engpässen zudem regelmässig gegenseitig aus.
	Goldach könnte von der fortschrittlichen Volksschule von Untereggen und insbesondere von den Erfahrungen mit dem integrativen Schulmodell profitieren.	Diesen Punkt haben auch die Behörden als Vorteil erkannt und beschrieben.
	Das System der Gemeinde mit Bürgerversammlung stösst an seine Grenzen und wird nach einer Fusion mit Untereggen noch schwieriger lebbar.	Auch eine fusionierte Gemeinde Goldach-Untereggen ist mit rund 10'000 Einwohnern zu klein, um einen Parlamentsbetrieb einzuführen. Die Bürgerversammlung ist überdies nicht so schlecht wie ihr Ruf. Sie ist gelebte direkte Demokratie und gewährt auch einen Minderheitenschutz, indem sich Interessengruppen organisieren können. Im Übrigen werden die Volksrechte im neuen Gemeindegesetz mit dem Eventualantrag, dem Volksvorschlag und der Volksmotion noch ausgebaut.
	Bei einer Fusion «Stadt am See» könnte die Demokratie mit einem Parlament massiv gestärkt werden.	Die Demokratie ist in grösseren Einheiten grundsätzlich nicht besser. Ein Parlament reduziert beispielsweise die Einflussmöglichkeiten des einzelnen Stimmbürgers. Eine Fusion zur «Stadt am See» steht derzeit aber auch nicht zur Diskussion.
	Die politische Einbindung des deutlich kleineren Partners Untereggen erscheint der SP nicht unproblematisch.	Die Erfahrung zeigt, dass der Minderheitenschutz in Gemeinden, die aus verschiedenen Gemeindeteilen bestehen, sehr gut funktioniert.
	Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob es effektiv möglich ist, das fehlende Bauland von Goldach durch Landreserven in Untereggen zu ersetzen.	Der Bericht kann nur das Baulandpotenzial aufzeigen. Welche Einzonungen konkret möglich sind, ist in einer umfassenden Ortsplanungsrevision zu evaluieren. Zudem sind verschiedene Partner einzubinden, nämlich die Gemeinde, der Grundeigentümer, die Bevölkerung und schliesslich der Kanton.
	Die Strategie der Gemeindebehörden bezüglich Zonenplan/Raumplanung/Verkehrsplanung ist zu wenig umschrieben. Die SP würde sich gegen eine weitere starke Zersiedelung klar wehren und somit auch gegen eine starke Bautätigkeit im durch den ÖV nicht optimal erschlossenen Untereggen.	Die Strategie bei Raumplanung und Verkehr wird der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde dereinst festlegen müssen. Es ist nicht möglich, die Ortsplanung bereits in die Vorbereitungsarbeiten für eine Grundsatzabstimmung zu integrieren. Untereggen ist im Übrigen mit dem öffentlichen Verkehr ab dem kommenden Fahrplanwechsel durchgehend mit einem Halbstundentakt nach St. Gallen bzw. nach Goldach/Rorschach erschlossen.
	Die beiden Dörfer sind nur durch eine schlechte Strasse ohne Radsteifen bzw. Trottoir miteinander verbunden. Sind diesbezüglich Ausbauten geplant?	Die Verbesserung der Verkehrsverbindung zwischen Goldach und Untereggen ist zum einen in der Goldacher Verkehrsrichtplanung bereits als mittelfristige Massnahme enthalten, zum anderen sind fusionsbedingte Mehrkosten für eine verbesserte Fusswegverbindung zwischen den beiden Dörfern im Bericht ausgewiesen.

Vernehmlasser Bemerkungen/Anliegen	Antwort Behörden
<p>Gemeindefusionen machen vor allem dort Sinn, wo die Siedlungsstruktur dies vorgibt. Aus dieser Optik wäre eine Fusion mit Rorschach und Rorschacherberg sinnvoll. Will der Gemeinderat diese Option mittel- und längerfristig aufrechterhalten? Ein Nein würde von der SP-Basis überhaupt nicht verstanden. Für die SP ist eine Fusion zur Stadt am See aufgrund der Siedlungsstruktur längerfristig zwingend.</p>	<p>Detaillierte Fusionsabklärungen lohnen sich nur, wenn nebst der Siedlungsstruktur gewisse Mindestvoraussetzungen gegeben sind. Die finanziellen Differenzen zwischen Goldach und Rorschach sind derart gross, dass ein Fusionsprojekt keine Chancen auf Erfolg hätte. Der Gemeinderat Goldach setzt deshalb bis auf Weiteres auf eine verstärkte Zusammenarbeit. Das Projekt Seebus ist ein erster Beweis, dass es den Räten damit auch ernst ist.</p> <p>Der Gemeinderat Goldach steht nach wie vor zur Region, deren Zentrum auch in Zukunft Rorschach sein wird. Wenn sich die Ausgangslage ändert, kann selbstverständlich auch eine Fusion wieder ein Thema sein. Die Vereinigung ist derzeit aber kein strategisches Ziel der Goldacher Behörden. Strategische Zielsetzungen machen nur dann Sinn, wenn auch tatsächlich aktiv darauf hingearbeitet wird.</p>
<p>Bei einem Zusammengehen mit einer kleinen Gemeinde wäre Tübach aus raumplanerischer Sicht der idealere Partner. Wurden diesbezüglich Gespräche geführt? Wenn nein, warum nicht?</p>	<p>Der Gemeinderat Goldach vertritt die Ansicht, dass der Wunsch nach der Prüfung einer Fusion vom kleineren Partner ausgehen muss. Er hat es auch im Fall von Untereggen so gehalten. Das Gesuch um Aufnahme von Fusionsverhandlungen hat der Gemeinderat Untereggen gestellt. Von Tübach ist bis anhin noch kein solches Gesuch eingegangen. Der Tübacher Gemeinderat hat sich mit der Frage einer allfälligen Fusion gemäss Medienberichten intensiv auseinandergesetzt. Er sieht im Moment aber keinen Handlungsbedarf.</p>
<p>Wie gedenkt der Gemeinderat, die beiden Dörfer auch in Bezug auf Kultur, gemeinsame Werte, Zukunftsprojekte usw. zusammenzubringen? Diesbezüglich steht im Bericht zu wenig.</p>	<p>Ein Zusammengehörigkeitsgefühl lässt sich nicht verordnen. Es muss wachsen. Eine gute Grundlage dafür ist – wie bereits erwähnt – eine gemeinsame Schule. Über Anlässe in der Gemeinde, wie beispielsweise die WuGA (wo sich das Unteregger Gewerbe übrigens auch schon präsentiert hat), den Frühlingmarkt oder die 1. August-Feier kann sich die Bevölkerung zusätzlich besser kennenlernen.</p> <p>Die Behörden werden das Gutachten ergänzen und insbesondere aufführen, in welchen Bereichen Goldach und Untereggen bereits heute eng verbunden sind.</p>
<p>Jürgen Altmann, Goldach, Es stellt sich nur noch die Frage einer angemessenen Vertretung der Gemeinde Untereggen in einer vereinigten Gemeinde Goldach-Untereggen. Rechtlich ist eine Vorgabe nicht möglich. Das Mitspracherecht von Untereggen ist gleichwohl zu sichern.</p>	<p>Die Behörden sind überzeugt, dass sich von Anfang an – quasi als ungeschriebenes Gesetz – eine Unteregger Vertretung im Gemeinderat durchsetzen wird. Auch das zeigt sich in allen Gemeinden, die in einer ähnlichen Situation sind. In den Kommissionen lässt sich die Unteregger Vertretung einfach sicherstellen, da der Gemeinderat Wahlbehörde ist.</p>
<p>Als einzige Möglichkeit, um Untereggen eine Vertretung zu garantieren, sieht Jürgen Altmann die Bildung eines Parlamentes. Diese Organisation ist gleichzeitig zukunftsträchtig bei einer weiteren möglichen Fusion im Kreis Rorschach (Stadt am See).</p>	<p>Auch Proporzwahlen sind Volkswahlen, die zwar Minderheiten besser schützen, aber Vertretungen nicht garantieren. Die Gemeinde hat auch nach einer Fusion nicht die Grösse, welche die Einführung eines Parlamentes rechtfertigt. Nicht einmal Rapperswil-Jona hat sich für diese Organisationsform entschieden.</p>
<p>Eine Bürgerversammlung mit einer Beteiligung von max. 5 – 10 % der Stimmbürger ist wenig demokratisch und repräsentativ (auch in der vereinigten Gemeinde).</p>	<p>Die Bürgerversammlung ist die direkteste Form von Demokratie. Auch Minderheiten haben dort gute Chancen, Gehör zu finden.</p>
<p>Untereggen könnte der geplanten Fusion eher zustimmen, wenn seine Interessen in einem gemeinsamen Parlament vertreten wären.</p>	<p>Die Behörden bezweifeln, dass die Einführung eines Parlamentsbetriebes einen positiven Einfluss auf die Unteregger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bezüglich ihrer Haltung zum Projekt «mitenand?» hätte.</p>

Vernehmlasser	Bemerkungen/Anliegen	Antwort Behörden
Ruedi Müller-Wenk, Goldach	Gemeinden sollte man nur dann zu grösseren Einheiten verschmelzen, wo zwingende Gründe dies verlangen (in kleinen Gemeinden ist die politische Beteiligung der Bürgerschaft am grössten).	Es gibt – nebst den Bestrebungen, die finanzielle Situation zu verbessern – durchaus weitere Gründe, die aus Sicht der Gemeinde Untereggen für eine Fusion sprechen, beispielsweise der Erhalt des Schulhauses in der Gemeinde oder die Sicherstellung einer überlebensfähigen Verwaltung.
	Untereggen ist nicht in einer Notlage. Aus dem hohen Diskontierungszinssatz von 20 % geht hervor, dass der Kanton für die kommenden Jahre eine deutlich bessere Finanzlage für möglich hält. Der Einmal-Beitrag ist deshalb enttäuschend ausgefallen.	In Untereggen macht ein Steuerprozent Fr. 15'000.– aus. Mit dem Wegfall des Maximalsteuerfusses kann die Steuerbelastung bei unvorhergesehenen Ereignissen schnell sehr hoch werden. Selbstverständlich ist auch eine gegenteilige Entwicklung möglich. Untereggen wird ohne Fusion aber auf jeden Fall von Kantonsbeiträgen aus dem Finanzausgleich abhängig bleiben. Es stellt sich deshalb die Frage, wann eine Gemeinde in einer finanziellen Notlage ist. Zudem lässt sich eine Fusion nicht kurzfristig umsetzen, wenn diese Notlage dann tatsächlich eintritt. Schliesslich ist es für den Fusionspartner wenig attraktiv, zu einem solchen Zeitpunkt Verhandlungen aufzunehmen. Untereggen wäre in einer sehr schwachen Position und damit einzig noch Bittsteller.
	Fasst man trotzdem eine Fusion ins Auge, müssten zumindest grosse Einsparungen durch Rationalisierungen möglich sein (beim Projekt «mitenand?» mit Fr. 600'000.– pro Jahr und einmaligen Mehrkosten von Fr. 1'500'000.– eher enttäuschend und so formuliert, dass praktisch nicht überprüfbar).	Fr. 600'000.– sind rund 13 % des Unteregger Gesamtbudgets (Gemeinde und Schule). Es wäre vermessen, viel höhere Einsparungen zu erwarten, zumal die Gemeinden auf einen Grossteil der Ausgaben gar keinen Einfluss haben und sich diese auch nach einer Fusion anteilmässig nicht verringern. Zudem verfügt Untereggen – wie übrigens auch Goldach – über eine sehr schlanke Verwaltung, was sich auch auf das Sparpotenzial auswirkt.
	Der Stimmbürger möchte präzise Angaben, wie sich Personalbestände und Bauinvestitionen der Gemeinde Goldach in den nächsten Jahren mit und ohne Fusion entwickeln.	Präzise Angaben auf fünf Jahre hinaus sind kaum möglich. Es gibt zu viele Einflüsse, insbesondere auch bei der Gesetzgebung, welche die Gemeinden nicht beeinflussen können und die grossen Auswirkungen haben. Zudem hat bei Bauinvestitionen vor und nach einer Fusion immer das Volk das letzte Wort. Aus heutiger Sicht ergeben sich aber keine grösseren, fusionsbedingten Bauinvestitionen.
	Das Hauptargument für eine Fusion ist seitens von Goldach das Baulandpotenzial, um gute Steuerzahler anzusiedeln. Ob diese Entwicklung erwünscht ist, muss sich Untereggen gut überlegen. Die Preise für Bauland springen bei einer starken Steuerfuss-senkung schlagartig in die Höhe und werden für normale Familien unbezahlbar.	Das ausgewiesene Baulandpotenzial basiert auf bestehenden Planungsinstrumenten des Gemeinderates Untereggen. Die Behörden bestreiten nicht, dass sich die Baulandpreise in Untereggen jenen in Goldach angleichen werden. Allerdings war es in der Vergangenheit auch in Goldach vielen jungen Familien möglich, ein Eigenheim zu erwerben.
	Es ist unsicher, ob sich reiche Steuerzahler rasch genug für einen Wohnsitz in Untereggen entscheiden, um das Loch im fusionierten Gemeindebudget aufzufüllen. Der Kanton St.Gallen ist im Vergleich mit den Kantonen Appenzell AI und AR nur zweite Wahl.	Dank dem Startbeitrag des Kantons und der dadurch möglichen Entlastung des Finanzhaushaltes durch zusätzliche Abschreibungen wird sich der Gemeinderat einer fusionierten Gemeinde mit keinem Finanzloch konfrontiert sehen, das ihn zwingt, in kürzester Zeit viele reiche Steuerzahler zu akquirieren. Entlastungen durch zusätzliche Abschreibungen sind nachhaltig, selbst wenn sie dereinst auch ohne Fusion eintreten würden und dannzumal allenfalls Spielraum für zusätzliche Steuersenkungen gäben. Das Risiko bestünde also nicht darin, die Steuern wenige Jahre nach der Vereinigung fusionsbedingt erhöhen zu müssen, sondern auf eine Senkung zu verzichten.

Die Resultate der Vernehmlassung fliessen nun in das Abstimmungsgutachten ein. Dieses wird aber in weiten Teilen mit dem Vernehmlassungsbericht identisch sein. Die Abstimmungsunterlagen werden Anfang November in die Haushaltungen verteilt.

Die Gemeinderäte

Impressum

«mitenand?»

Informationen der Gemeinden Goldach und Untereggen über das Projekt «Prüfung der Gemeindefusion». Nachdruck mit Quellenangabe erlaubt.

Satz und Druck:

Schmid-Fehr AG,
9403 Goldach

Auflage

5250 Exemplare; wird an alle Haushaltungen und Gewerbebetriebe in Goldach und Untereggen verteilt.

Kontaktadresse

«mitenand?»
Gemeindekanzlei Goldach,
Hauptstr. 2, 9403 Goldach,
Tel. 071 844 66 21,
info@goldach.ch